

Frau Feld-Wielpütz trug die Fragen und Anmerkungen der CDU-Fraktion zu folgenden Punkten vor:

6.2.1 Institutionen im Wohnungsbau „Mieterstrom“ in der KlimaSIEDLUNG „Berliner Siedlung“

Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz erklärte Herr Kasper, grundsätzlich dürfe die Angabe „zurückgestellt“ in der Tabelle nicht missverstanden werden. Damit sei gemeint, dass die jeweilige Maßnahme zum Zeitpunkt der Auditierung im Juni 2022 nicht abgeschlossen sein werde. Das bedeute aber nicht immer, dass die Dinge nicht bereits angestoßen worden bzw. auf einem guten Weg seien.

Im Falle des Mieterstromprojekts mit Solarsteckeranlagen sehe das leider anders aus. Dieses habe man tatsächlich noch nicht umsetzen können, da es durch die GWG abgelehnt worden sei.

Herr Lübken wies darauf hin, dass die Angabe in der Tabelle, dass die Stadtwerke die zuständige Abteilung für dieses Projekt seien, falsch sei. Man wäre gerne unterstützend tätig geworden, wenn die GWG das Projekt nicht abgelehnt hätte.

Frau Feld-Wielpütz sagte, die ablehnende Haltung der GWG könne sie nicht nachvollziehen, das werfe neue Fragen auf.

Herr Gleß sagte, das Projekt sei angeleiert worden, als die Stadt noch im Aufsichtsrat der GWG vertreten gewesen sei. Das sei man nun nicht mehr.

2.1.3 Controlling, Betriebsoptimierung Personalstrukturen für Energiecontrolling

Frau Feld-Wielpütz sagte, über das Nutzerverhalten in städtischen Gebäuden diskutiere man schon seit Jahren. Es mache viel aus, wenn in bestimmten Räumen z.B. die Temperatur etwas heruntergeregelt oder das Licht ausgeschaltet werde. Es gehe hier um nichts anderes, als dass man bei der Nutzung der städtischen Gebäude mit den Ressourcen genauso sparsam umgehen müsse wie im eigenen Zuhause. Dafür müsse ein Bewusstsein geschaffen werden. In diesem Rahmen „zurückgestellt“ zu lesen, sei enttäuschend. Sie bitte die Verwaltung ganz dringend, sich dem Thema anzunehmen und mittels Öffentlichkeitsarbeit auch noch einmal deutlich an die Nutzer zu appellieren.

2.1.3 Controlling, Betriebsoptimierung Investive Kleinmaßnahmen

Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz erklärte Herr Kasper, dass sich das Projekt in Umsetzung befinde. Begonnen habe es infolge der Hinweise aus der Gebäudeuntersuchung und -kontrolle des BNU nach Einstellung des Gebäudeenergieberaters nach Mai 2016. Die Maßnahmen würden sukzessive im Rahmen der jährlichen Wartungs- und Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt.

Frau Feld-Wielpütz appellierte an die Verwaltung, die Kleinmaßnahmen zügig umzusetzen.

3.6.2 Energetische Nutzung von Bioabfällen

Kooperation mit der RSAG zur energetischen Nutzung des städtischen Grünschnitts

Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz erklärte Herr Kasper, dass die Gespräche mit der RSAG bereits laufen würden. Die neue Biogasanlage der RSAG sei jedoch noch nicht fertiggestellt. Die Abgabe und energetische Verwertung der städtischen Grünabfälle könne frühestens in 2023 beginnen.

6.4.3 Schulen, Kindergärten

Lenkung des Nutzerverhaltens

Frau Feld-Wielpütz fragte, wann zuletzt mit den Schulen gesprochen worden sei. In der Tabelle heiße es, nur drei Schulen hätten Interesse gezeigt. Sie könne sich nicht erklären, warum das Thema nicht auf breiteres Interesse stoße.

Herr Kasper bestätigte, dass sich die Verwaltung seitens der Schulen und Kitas auch mehr Interesse gewünscht hätte. Die Umsetzung weiterer Motivations- und Informations-Aktionen und Prozesse erfolge nunmehr in Kooperation mit und durch die Energieagentur Rhein-Sieg, dieser stünden andere Kapazitäten zur Verfügung als der Verwaltung.

1.2.2 Mobilitäts- und Verkehrsplanung

Mobilitätskonzepte bzw. -maßnahmen im Bereich von Schulen und Kitas

Frau Feld-Wielpütz fragte, was genau sich „in Umsetzung“ befinde. Man habe sich eigentlich, unabhängig von Einzelmaßnahmen, stadtweit ansehen wollen, wo Hol- und Bringzonen Sinn machen würden. Im Mobilitätsausschuss habe man jedoch bisher inhaltlich nichts davon gehört, dass etwas geplant, geschweige denn in Umsetzung sei.

Herr Kasper verlas folgende Stellungnahme des Bereiches Mobilitätsmanagement: „Sobald personelle Kapazitäten zur Verfügung stehen, sind weitere Maßnahmen im schulischen Mobilitätsmanagement geplant. Dies umfasst auch die Evaluierung der bisher laufenden Maßnahmen.“

Frau Feld-Wielpütz teilte abschließend mit, dass die CDU-Fraktion Schwierigkeiten damit habe, dem Beschlussvorschlag in der Ratssitzung zuzustimmen, solange in der Tabelle überall „zurückgestellt“ stehe.

Herr Groß betonte, dass es ihn sehr störe, dass es nicht einmal über einen Zeitraum von mehreren Jahren geschafft werde, Kleinmaßnahmen umzusetzen. Teilweise rede man über Maßnahmen aus 2017. Das sei ein Trauerspiel. Es sei teilweise nicht einmal geleistet worden, in die Tabelle einen aktuellen Status einzutragen. Unter **2.1.5 Beispielhafter Neubau / beispielhafte Sanierung** heiße es z.B. mit Stand Februar 2019, bis zur Nachbesetzung der Fachbereichsleitung könne auf dem Campus Niederpleis kein Austausch der bestehenden Beleuchtung gegen eine LED-Beleuchtung erfolgen. Da frage er sich, ob die Fachbereichsleitung persönlich die Lampen austausche.

Auf ihn wirke das aktualisierte EPAP wie nicht abgearbeitetes Flickwerk. Aus Sicht der SPD-Fraktion müsse deutlich mehr passieren.

Frau Feld-Wielpütz erwiderte, dass die Situation mit der Beleuchtung auf dem Campus Niederpleis sehr komplex sei. Damit, ein Leuchtmittel raus- und ein anderes reinzuschrauben, sei es dort lange nicht getan, das gehe viel tiefer. Es müssten sicher auch große Ausschreibungen erfolgen, weil z.B. Vorschaltgeräte ausgetauscht werden müssten. Diesen Hintergrund könne sie schon nachvollziehen.

Herr Pätzold gab an, dass er sich der Enttäuschung seiner Vorredner zwar anschließen müsse, das Problem in der Abwicklung dieses wichtigen Arbeitsprogrammes jedoch vielmehr darin sehe, dass bisher offensichtlich nicht alle Einheiten der Verwaltung bereit seien, im erforderlichen Maße an der Umsetzung mitzuarbeiten. Dies sei sicher auch schwierig für die Klimaschutzmanager. Diese könnten natürlich Handlungsbedarfe aufzeigen. Die Umsetzung liege jedoch hauptsächlich bei anderen Fachämtern. Es handele sich um eine Aufgabe für die gesamte Verwaltung. Eine zügigere, konsequentere Umsetzung werde man einfordern.

Herr Knülle bekräftigte, dass die bisherige Umsetzung dem Auftrag und den Erwartungen des Rates nicht gerecht werde.

Herr Gleß betonte, dass es dafür mannigfaltige Gründe gebe, die allesamt bekannt seien. Natürlich sei der Umsetzungsstand nicht zufriedenstellend. Umso wichtiger sei es, die Verwaltung zukünftig mit den für diese Aufgaben zwingend erforderlichen Ressourcen auszustatten. Dies gelte es bei den nächsten Haushaltsberatungen zu bedenken.

In der folgenden Diskussion um die weitere Vorgehensweise einigten sich Ausschuss und Verwaltung letztendlich auf eine Änderung des Beschlussvorschlages sowie die Überarbeitung der Tabelle, insbesondere im Hinblick auf den Bearbeitungsstand „zurückgestellt“, durch die Verwaltung bis zur Ratssitzung.

Der Vorsitzende ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen: